

"Berufsverband der Sexarbeiter_innen übt erneut scharfe Kritik am geplanten "Prostituiertenschutzgesetz"

Berlin, 13.07.2015

Laut Presseberichten muss von einer erneuten Verschärfung der geplanten Maßnahmen zum „Prostituiertenschutzgesetz“ ausgegangen werden. Der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD) lehnt insbesondere die geplante Registrierungspflicht ab. Absolut unrealistisch ist, dass der zuständige Beamte für die Erteilung der Genehmigung die Einsichtsfähigkeit der jeweiligen Prostituierten überprüfen soll.

"Uns ein Bündel von diskriminierenden Zwangsmaßnahmen als "Schutz" verkaufen zu wollen, ist wirklich zynisch", so Undine de Rivière, eine der Sprecherinnen des Berufsverbandes. "Eine Registrierung bei der Polizei wäre für viele von uns eine Katastrophe und käme einem Zwangsoouting gleich. Wir brauchen weder Idiotentests für Sexworker noch einen Hurenpass. Statt jetzt etwas einzuführen, was wir nur "Prostituiertenkontrollgesetz" nennen können, sollten erst einmal die ganzen bereits vorhandenen diskriminierenden Sondergesetze gestrichen, Bordelle ganz normal dem Gewerbeamt unterstellt und Sexarbeit endlich rechtlich anderen Berufen gleichgestellt werden."

Johanna Weber, politische Sprecherin des BesD ergänzt: "Die Registrierungspflicht zieht einen riesigen Verwaltungsaufwand nach sich. Wir sollen uns nun offenbar an jedem Ort neu anmelden, an dem wir arbeiten wollen. Unsere Branche ist hochmobil, viele Kolleginnen arbeiten nur ein, zwei Wochen an einem Ort, andere besuchen Kunden im ganzen Bundesgebiet - sich da ständig umzumelden wäre schon rein praktisch gar nicht machbar, weder für uns noch für die Kommunen. Andere Freiberufler müssen sich auch nur an ihrem Wohnort anmelden."

Nach den Wünschen der Union sollen nun ausdrücklich auch die Daten von Gelegenheits-Sexdienstleistern erfasst werden. Auf Grund der gesellschaftlichen Stigmatisierung werden diese sich zu ihrem eigenem Schutz nicht als Prostituierte anmelden und illegal arbeiten.

Zum Schutz gedacht, aber das Gegenteil bewirkend ist auch die neue Auflage, dass reisende Kolleginnen in Bordellen nicht mehr übernachten dürfen. Gerade für Migrantinnen, die einen Großteil ihres Verdienstes in die Heimat schicken, ist ein zusätzliches Hotelzimmer eine große finanzielle Belastung und muss durch Mehrarbeit kompensiert werden.

Kontakt: **Presse**
Undine de Rivière
undine@sexwork-deutschland.de
01520 - 485 09 09

Allgemein
Johanna Weber
Info@sexwork-deutschland.de
0151 - 1751 9771